



Aktenzeichen: 613/Za/Bi

Datum: 14.08.2019

Hinweis: XVI/2300

Beratungsfolge: Haupt- und Finanzausschuss Stadtrat

Umbau des Knotenpunktes L 523 / Industriestraße / Wilhelm-Hauff-Straße

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Umsetzung des Projektes mit höheren Kosten von 100.000 € wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Begründung:

Am 20.03.2018 hat die Verwaltung im Planungs- und Umweltausschuss mit der Drucksache Nr.: XVI/2300 über die Umgestaltung des o.g. Knotenpunktes wegen Beseitigung des Unfallschwerpunktes informiert. Das Ergebnis der Verkehrsuntersuchung zur Umgestaltung des Knotenpunktes Industriestraße/ Wormser Straße/ Wilhelm-Hauff-Straße wurde durch das Ingenieurbüro für Verkehrswesen Koehler & Leutwein aus Karlsruhe vorgestellt.

Die Maßnahme umfasst die Herstellung von zwei neuen Linksabbiegespuren, sowie Erneuerung der kompletten Asphaltdecke mit der bituminösen Tragschicht im Kreuzungsbereich. Des Weiteren wird die Schilderbrücke im vorgenannten Bereich ausgetauscht.

Im Haushalt 2019 standen unter dem Produkt 5421 konsumtive Mittel für das Projekt in Höhe von 350.000,00 € zur Verfügung.

Aufgrund neuer Erkenntnisse erfolgte im Zuge des NPL 2019 im Rahmen eines Projektes eine Umschichtung dieser Mittel in den investiven Bereich. Das Projekt wird unter der Nummer 5115 im Finanzinvestiv Haushalt geführt. Der Ansatz musste wegen Preissteigerungen im Tiefbaugewerbe und der damit notwendigen Aktualisierung der Bau- und Planungskosten um ca. 100.000 € erhöht werden. Die Mittel wurden mit dem Nachtragshaushalt 2019 für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 50.000 € bereitgestellt einschließlich einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2020. Die Planungsleistungen erfolgen voraussichtlich bis zum Jahresende 2019. Nach Vorliegen der Entwurfsplanung mit der Kostenberechnung wird ein Förderantrag beim LBM in Speyer eingereicht.

Nach Zustimmung der Gremien und des Zuschussgebers kann die Ausschreibung und Vergabe erfolgen.

Das Ingenieurbüro Koehler & Leutwein wurde bereits mit den Leistungen der LpH 1-9 beauftragt.

Die weiter benötigten Planungsleistungen wie Vermessung, Baugrundgutachten und Fachbeitrag Naturschutz sind bereits beauftragt. Die Ergebnisse liegen zum Teil vor und werden bei der weiteren Planung berücksichtigt.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Martin Hebich
Oberbürgermeister